



Newsletter

Dezember 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

2015 neigt sich dem Ende entgegen und die letzte Plenarsitzung des Jahres stand an. Ein würdiger Abschluss war die Verleihung des Sacharow-Preises an den saudischen Blogger Raif Badawi, der sich unter Einsatz seines Lebens unermüdlich für freie Meinungsäußerung einsetzt. Im Plenum wurde seitens der Kommission endlich ein Vorschlag für einen europäischen Grenzschutz präsentiert. Was meine Arbeit im Verkehrsausschuss betrifft, befinden wir uns in abschließenden Verhandlungen zur Neuregulierung für Binnenschiffe. Die Kommission hat zudem in diesem Monat ihre Strategie zur Stärkung der europäischen Luftfahrt vorgestellt.

Rückblickend war 2015 ein schwieriges Jahr für die Europäische Union: Durch die Schuldenkrise stand Griechenland kurz vor dem Staatsbankrott. Der enorme Zustrom an Flüchtlingen in die EU hat den mangelnden Zusammenhalt unter den Mitgliedstaaten offen gelegt. Die Anschläge von Paris haben uns bis ins Mark erschüttert.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen wird die EU leider negativer wahrgenommen als bisher. Jetzt liegt es an uns, dafür zu sorgen, sie zu stabilisieren. Fakt ist, dass Nationalismus in Zeiten von Globalisierung für keines der genannten Probleme eine adäquate Lösung darstellt. Nur gemeinsames Handeln wird uns voranbringen.

Das muss das Motto für das neue Jahr sein. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine gesegnete Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr!

Ihre

Inhalt

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Frontex wird zur Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenschutz	Seite 3
EU-Menschenrechtspreis für Raif Badawi	Seite 3
Abstimmung zum VW-Untersuchungsausschuss	Seite 3
Berichte zur Kontrolle von Fischbeständen finden breite Unterstützung	Seite 4
Gemeinsame Fischereipolitik ermöglicht höhere Nordsee-Fangquoten im neuen Jahr	Seite 4

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Strategiepapier zur europäischen Luftfahrt: Europa muss sich auf seine Stärken besinnen	Seite 5
Technische Standards für Binnenschiffe (Schattenberichterstatterin)	Seite 6
Richtlinie zur Sammlung von Fluggastdaten (PNR)	Seite 6
Konferenz zur besseren globalen maritimen Zusammenarbeit	Seite 7
Young Visitors und Bürgermeister aus Niedersachsen besuchen Brüssel	Seite 7
Gastgeberin der Veranstaltung "Digitalizing Transport Documents"	Seite 7
Kommissionsvorschlag zur Änderung des Waffenrechts ist nicht zielführend	Seite 8
Liberale Frauen europäisch unterwegs	Seite 8
Weihnachtsmarkt in Straßburg: immer eine Reise wert	Seite 9

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Unternehmerabend in Bad Iburg	Seite 10
-------------------------------	----------

IV. Europa unter der Lupe

Ausschussarbeit im Europäischen Parlament	Seite 11
---	----------

V. Terminvorschau

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Frontex wird zur Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenschutz

Seit längerem wird darüber diskutiert, wie die EU ihre Außengrenzen besser schützen kann. Nun präsentierte uns die Kommission endlich einen konkreten Vorschlag zur Verbesserung des europäischen Grenzmanagements. Ich halte diese Entwicklung für sehr wichtig. Hervorzuheben ist das verstärkte Mandat für die europäische Grenzschutzbehörde Frontex und deren Umbenennung in die "Europäische Agentur für Grenz- und Küstenschutz". Interessant ist auch die geplante Kooperation mit der in Lissabon ansässigen Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) und der Europäischen Fischereiaufsichtsagentur. Beide Behörden sollen zum Beispiel Informationen beschaffen und austauschen. Das ist durchaus sinnvoll, denn die vielen europäischen Boote haben einen guten Überblick über die Lage. Die EU-Staaten zeigen, dass sie zumindest hier gemeinsam Verantwortung übernehmen wollen, um die Probleme der Flüchtlingskrise zu lösen, Flüchtlinge aus Seenot zu retten und den Schutz europäischer Außengrenzen zu gewährleisten. Die durch die Flüchtlingskrise erhöhte Last an Europas Außengrenzen erfordert besseres koordiniertes Handeln. Im Vorschlag werden mögliche Operationen mit Aufklärungsdrohnen über dem Mittelmeer angesprochen, um beispielsweise Schlepperschiffe früh zu erkennen. Zudem soll der Grenzschutz künftig befugt sein, in den Mitgliedstaaten aktiv zu werden, die ihre Grenzen nicht schützen können oder wollen.

EU-Menschenrechtspreis für Raif Badawi

Jedes Jahr vergibt die EU den Sacharow-Preis für geistige Freiheit an Persönlichkeiten oder Organisationen, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit einsetzen. Jede Fraktion kann Vorschläge unterbreiten, der Preisträger wird vom Plenum gewählt. Der erste Preisträger 1988 war niemand Geringeres als Nelson Mandela. Im letzten Jahr wurde Denis Mukwege ausgezeichnet, der sich für weibliche Opfer von Gewalt im Kongo einsetzt. Diese Woche ging der Preis an den liberalen saudischen Blogger Raif Badawi. Leider konnte er den Preis nicht persönlich entgegen nehmen, denn er ist politischer Gefangener. Stellvertretend bekam seine Frau, die mit ihren drei Kindern in Kanada Zuflucht gefunden hat, den Preis überreicht und hielt mit dem Foto ihres Mannes in den Händen eine bewegende Rede. Seit drei Jahren inhaftiert, wurde Herr Badawi zu insgesamt zehn Jahren Gefängnis und tausend Peitschenhieben verurteilt. Dabei hat er nichts anderes als sein Grundrecht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen.

Der Sacharow-Preis ehrt seinen Mut. Freiheiten, die uns selbstverständlich vorkommen, sind in Ländern wie Saudi-Arabien unterentwickelt. Tapfere Menschen wie Raif Badawi und seine Frau Ensaf Haidar verdienen unsere volle Unterstützung und Bewunderung. Trotz hoher Risiken geben sie nicht auf. Das Königreich Saudi-Arabien ist Mitglied im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, es hat die UN-Antifolterkonvention unterzeichnet und ratifiziert. Somit trägt es Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte auf Grundlage der Universellen Erklärung von 1948. Ich hoffe, dass auch der saudische König dies einsieht und Raif Badawi und andere friedliche Aktivisten bald begnadigt. Allen Menschen, die aufgrund von Meinungsäußerungen bedroht, inhaftiert, gequält oder getötet werden, gilt unsere Solidarität. Das Europäische Parlament unterstützt sie mit dieser Auszeichnung und darüber hinaus.

Abstimmung zum VW-Untersuchungsausschuss

Zur Aufklärung der Vorgänge um den Betrug bei der Messung von Abgaswerten im Fall VW wurde von einer Mehrheit des Europäischen Parlaments der Einsatz eines Untersuchungsausschusses beschlossen. Ziel des Ausschusses soll es sein zu untersuchen, in wieweit die Kommission und die Mitgliedstaaten bereits im Vorfeld des Skandals von den Unrechtmäßigkeiten wussten und geltendes EU-Recht nicht angewendet haben. Generell unterstütze ich den Ansatz der lückenlosen Aufklärung und Transparenz ausdrücklich. Allerdings sollte der Ausschuss nicht dazu instrumentalisiert werden, einen Generalverdacht gegen die Automobilbranche zu schüren oder Diesel als Antriebskraftstoff zu verteufeln. Diesel ist und bleibt ein sehr effizienter Kraftstoff, der maßgeblich zur Senkung der CO2-

Bilanz der Flotten beiträgt und auch aus Klimaschutzgründen empfohlen wurde. Der Untersuchungsausschuss ist vorerst für eine Dauer von bis zu 12 Monaten vorgesehen.

Berichte zur Kontrolle von Fischbeständen finden breite Unterstützung

Mit breiter Mehrheit hat das Europäische Parlament diese Woche einen Bericht zum Thema „Mehrjahrespläne und technische Maßnahmen in der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP)“ verabschiedet. Hinter diesem Initiativbericht stehen strategische Überlegungen, denn das Parlament möchte die Umsetzung der GFP steuern. Die Mehrjahrespläne spielen eine sehr wichtige Rolle bei der Kontrolle von Fischbeständen. Im Moment verhandeln die Europäischen Institutionen über einen Plan für die Fischbestände in der Ostsee. Das sind interessante Absprachen, denn dieser Plan wird einen Präzedenzfall für kommende Mehrjahrespläne anderer Gewässer setzen.

Bei den technischen Maßnahmen geht es vor allem darum, einheitliche Standards zu schaffen, damit die Menge an Beifang und jungen Fischen deutlich verringert wird. Momentan ist es bedauerlicherweise so, dass zu viel Fisch gefangen wird, den man anschließend nicht verwertet. Diese Verschwendung wird auch dadurch begünstigt, dass die technischen Standards in über 30 verschiedenen Gesetztestexten ungleich geregelt werden. Bei diesen Rahmenbedingungen ist kein nachhaltiges Fischen möglich. Die Liberalen sind diesem Bericht gegenüber sehr offen, haben jedoch einige Änderungsanträge in Hinblick auf die Wahrung des Regionalisierungs-Prinzips eingebracht. Wir möchten, dass jede Region selbst entscheiden kann, wie europäische Vorgaben umgesetzt werden können, denn die Fischerei etwa in Spanien, Deutschland oder am Schwarzen Meer ist ganz unterschiedlich organisiert.

Auch ein weiterer Bericht zum Thema Fischerei fand breite Zustimmung im Plenum. Der sogenannte Christensen-Report (benannt nach dem Berichterstatter) befasste sich mit der Übernahme von internationalen rechtlichen Bestimmungen in EU-Recht. Betroffen sind vor allem Länder mit Meereshäfen, denn diese müssen mehr tun, um illegale Fischerei zu verhindern und zu bekämpfen. Zum Beispiel wird verfügt, dass Schiffe, die im Regelungsbereich als aufnehmendes Schiff an einer Umladung beteiligt sind, dies dem Anlande-Hafen direkt mitteilen müssen. Dieser Bericht war insofern nicht kontrovers, da die EU bereits vorher die Bestimmungen aktiv mitgestaltet und unterstützt hat.

Gemeinsame Fischereipolitik ermöglicht höhere Nordsee-Fangquoten im neuen Jahr

Die Nordsee-Anrainerstaaten, besonders Norddeutschland halten Kurs! Durch vorübergehende Zurückhaltung beim Fischfang haben sich die Bestände erholt. Die in dieser Woche beschlossenen höheren Fangquoten sind ein klares Indiz dafür, dass die Gemeinsame Fischereipolitik funktioniert. EU-Mitgliedstaaten verbessern sukzessive ihre Datensammlungen zu Fischbeständen, um Kontrollen zu verbessern und Überfischung zu vermeiden. Beifang darf nicht mehr einfach ins Meer zurückgeworfen werden. Alle, die sich an diese koordinierten Vorgaben der EU halten, sichern den Bestand und damit die Zukunft der Fischerei. Deutsche Fischer müssen 2016 lediglich beim Fang von Makrelen Abstriche machen. Das sind gute Nachrichten für den Fischereisektor und alle dort Beschäftigten.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Strategiepapier zur europäischen Luftfahrt: Europa muss sich auf seine Stärken besinnen

In der europäischen Verkehrspolitik ist die Luftfahrt ein wahrer Gigant: Allein bei europäischen Airlines und Flughäfen verdienen fast zwei Millionen Menschen ihren Lebensunterhalt, viele in vorgelagerten Unternehmen. Mit einem Wert von 110 Milliarden Euro nimmt dieser Wirtschaftszweig eine bedeutende Rolle in der EU ein. Dass man mit Luftfahrt viel Geld verdienen kann, ist natürlich auch anderen, außereuropäischen Volkswirtschaften nicht verborgen geblieben. Die Europäer sind vermehrt dem Druck neuer Wettbewerber, vor allem aus der Golfregion und Südostasien, ausgesetzt. Die Europäische Kommission hat nun ein lang erwartetes Strategiepapier vorgestellt. Es erläutert, wie man den neuen Herausforderungen - sei es erhöhter Wettbewerbsdruck, steigende Fluggastzahlen oder neue Sicherheitsrisiken - begegnen will. Ziel ist es, die europäische Luftfahrt für die Zukunft zu stärken.

Ein wichtiger Lösungsvorschlag sind sogenannte Luftverkehrsabkommen. Die EU möchte vermehrt Verträge mit außereuropäischen Staaten abschließen, damit europäische Luftfahrtunternehmen wie Lufthansa, Airbus oder auch Deutsche Post/DHL leichter ihre Dienste in diesen Staaten anbieten können. Damit würden diese Unternehmen besser vom Wachstum in China oder Malaysia profitieren. Dabei orientiert man sich an Verträgen, die bereits mit Kanada, den USA und anderen Staaten abgeschlossen wurden. Luftverkehrsabkommen sind gleichzeitig ein Mittel, um unfairen Wettbewerb einzudämmen. Dazu gehören auch die staatlichen Gelder, mit denen die Golfstaaten ihre Fluglinien unterstützen. Das ist für die europäischen Airlines ein großes Problem, denn sie können preislich kaum mit Fliegern von Emirates oder Qatar Airways konkurrieren.

Nimmt man die Flughäfen als Beispiel, wird ein weiteres Problem sichtbar: Die Türkei baut den derzeit größten Flughafen der Welt - und das in Rekordzeit! Istanbul hat bereits vor einiger Zeit Frankfurt als bedeutendsten Umsteigeflughafen abgelöst. In Europa hingegen gibt es oft Streitigkeiten und Mängel bei den Bauarbeiten von Großprojekten im Verkehrsbereich. Der Flughafen in Berlin ist dabei nur die Spitze des Eisberges. Ich möchte natürlich nicht, dass man Bauzeiten beschleunigt, indem man Entscheidungen undemokratisch ohne rechtzeitige Einbeziehung von Bürgerinteressen durchdrückt oder Arbeitsschutzbestimmungen darunter leiden. Ich denke aber, dass es gewaltiges Verbesserungspotential bei der Planung und Umsetzung solcher Vorhaben gibt. Zudem müssen die bestehende Infrastruktur in Europa effizienter genutzt und nationale Eitelkeiten überwunden werden. Bestes Beispiel: Hätten wir endlich einen einheitlichen europäischen Luftraum, wäre uns schon sehr geholfen. Vorläufig fliegen die Maschinen wegen unkoordinierter nationaler Zuständigkeiten zum Teil Zickzack, was Zeit und Geld kostet und unnötige Emissionen verursacht. Änderungen scheitern bislang daran, dass England und Spanien sich über den Flughafen von Gibraltar streiten. Damit muss Schluss sein, und das wird auch in der Strategie erwähnt.

Wichtig ist, dass sich die Europäer auf ihre Stärken besinnen. Zu diesen gehört zweifelsohne die Innovationsfähigkeit. Auch das wird in der Strategie thematisiert, denn gerade in der Luftfahrt gibt es noch viel Spielraum für Verbesserungen, was Lärm, Verschmutzung, Sicherheit oder die Integration neuartiger Luftfahrzeuge wie Drohnen anbelangt. Außerdem darf man nicht den Fehler begehen, sich digitalen Innovationen zu verschließen, denn ohne diese werden wir den Anschluss verlieren. Insbesondere in der Logistik, beim gegenseitigen Erkennen von Flugobjekten und bei der Datenverarbeitung gibt es noch gewaltiges Potential. Bei Passagierdaten und Sicherheitschecks achten wir bei aller Innovationsfreude immer besonders auf Datenschutz.

Insgesamt bin ich mit der vorgestellten Strategie sehr zufrieden. Sie weist den richtigen Weg für die Zukunft der europäischen Luftfahrt, sichert Arbeitsplätze und liefert gute Angebote für alle, die gern fliegen.

Technische Standards für Binnenschiffe (Schattenberichterstatterin)

Die Binnenschifffahrt hat eigentlich noch viel Potential als umweltfreundliches Transportmittel, um Güter von der Straße zu verlagern. Deswegen will die Kommission die Binnenschifffahrt mit dem Naiades II Paket wettbewerbsfähiger machen. Ein Aspekt ist die Vereinheitlichung der technischen Standards für Binnenschiffe in Europa. Bisher gelten neben den EU-Standards eigene Standards für die Befahrung des Rheins, die von der sogenannten Rheinkommission festgelegt werden. Die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt wurde 1815 von den Anrainerstaaten Deutschland, Belgien, Frankreich, Niederlande und der Schweiz gegründet, um gemeinsame Regeln für die Rheinschifffahrt festzulegen. Sie ist somit die älteste noch existierende internationale Organisation und für die Binnenschifffahrt maßgeblich, denn der Rhein ist in Europa der am meisten befahrene Fluss.

Für die Binnenschiffer sind diese zwei parallel geltenden Regelwerke, die nicht immer übereinstimmen, natürlich ein Problem. Die Idee ist daher, die gerade neu überarbeiteten technischen Standards der Rheinkommission ohne Änderung ins EU-Recht zu übernehmen. Damit die beiden Regelwerke auch zukünftig auf demselben Stand sind, haben die EU-Verkehrsminister vorgeschlagen, dass jede Aktualisierung der technischen Standards, die von den Fachleuten der Rheinkommission beschlossen werden, automatisch in das EU-Regelwerk aufgenommen werden. Das wäre ein unbürokratisches Instrument, um eine schnelle Anpassung der beiden Systeme auch in Zukunft sicherzustellen und Rechtsunsicherheiten zu vermeiden. Leider ist darüber ein Streit zwischen Parlament und dem Ministerrat ausgebrochen. Einige Parlamentarier fürchten, dass man mit dieser automatischen Übertragung der Standards die Kontrolle über die Gesetzgebung aufgibt. Nach dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag könnte das Parlament nämlich jede einzelne Änderung an den EU-Standards blockieren (durch sogenannte delegierte Rechtsakte). Ich bezweifle aber, dass diese rein technischen Anpassungen problematisch sind und falls es doch mal nötig sein sollte einzugreifen, dann wäre das dank einer Sicherheitsklausel immer noch möglich.

Richtlinie zur Sammlung von Fluggastdaten (PNR)

Das Thema Fluggastdatenspeicherung ist Anfang Dezember wieder auf die Agenda gekommen. Um ein Flugticket zu kaufen, muss man einige Daten an die Fluggesellschaft weitergeben, z.B. Name, Adresse, Flugzeiten, Kreditkarteninformationen. Die Fluggesellschaft überprüft diese Daten nicht, sondern nutzt sie für ihre kommerziellen Zwecke. Die entscheidende Frage ist nun, ob staatliche Stellen zur Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung auf diese Daten zugreifen dürfen. Die FDP hat das immer abgelehnt, da wir grundsätzlich keine anlasslose Datenspeicherungen akzeptieren.

Ungeachtet der Position der FDP hat sich die Mehrheit in der liberalen Fraktion Anfang des Jahres unter dem Eindruck der Anschläge auf Charlie Hebdo allerdings dazu durchgerungen, konstruktiv an der PNR-Richtlinie mitzuarbeiten. Meine holländische Kollegin Sophie In't Veld (D66) hat dieses Thema für die ALDE-Fraktion betreut, und sie ist mit Sicherheit keine Freundin von massenhafter Datenspeicherung. Aber sie sagte, wenn man schon nicht verhindern kann, dass Mitgliedstaaten derzeit eigene PNR-Systeme aufbauen, dann sollte man wenigstens versuchen, einen vernünftigen europaweiten Rahmen dafür zu schaffen. Das heißt z.B. strenge einheitliche Datenschutzstandards für alle, eine begrenzte Anzahl von Verbrechen, bei denen die Behörden Einblick in die Fluggastdaten erhalten sollen, keine automatische Weitergabe der Daten an Drittstaaten. Außerdem sollte man eine zentrale EU-Stelle einführen, die die Daten verwaltet und auf die Polizeibehörden aller Mitgliedstaaten zugreifen können. In der Praxis scheitert effektive grenzüberschreitende Bekämpfung von Verbrechen nämlich mehr an unzureichendem Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten als an fehlenden Daten. Ohne verbindlichen Datenaustausch ist das ganze PNR-System ein zahnloser Tiger.

Nachdem die Trilog-Verhandlungen mit dem Ministerrat am 2. Dezember abgeschlossen wurden, ist Sophie In't Veld allerdings sehr enttäuscht. Die grundlegenden liberalen Forderungen sind nicht in die Richtlinie aufgenommen worden. Sie hat deswegen empfohlen, die PNR-Richtlinie in dieser Form abzulehnen. Wir als FDP können das natürlich voll mittragen. Aber unsere französischen und belgischen Kollegen, die in den letzten Monaten den Terror im eigenen Land erlebt haben, bewerten den Richtlinienentwurf völlig anders. Sie wollen den ausgehandelten Text unterstützen. Das Plenum wird im Januar/Februar endgültig darüber abstimmen.

Konferenz zur besseren globalen maritimen Zusammenarbeit

Am 2. Dezember habe ich als Präsidentin der Intergroup Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas (www.searica.eu) eine Konferenz zu „International Ocean Governance“ organisiert. Vor rund 60 Teilnehmern diskutierten Redner der Europäischen Kommission, der Vereinten Nationen, Abgeordnete des Europäischen Parlaments sowie Vertreter von den Azoren und des Europäischen Netzwerks Maritimer Cluster über eine bessere globale maritime Zusammenarbeit. Im Moment arbeitet die Kommission an einer Mitteilung, um das Thema auf die europäische aber auch globale Tagesordnung zu setzen. Der Zeitpunkt war daher gut gewählt, zumal zeitgleich die Verhandlungen in Paris zur Weltklimakonferenz stattfanden. Mit dem „Aufruf für die Ozeane und das Klima“, der in Paris der französischen Umweltministerin Ségolène Royal übergeben wurde, hat unsere Intergroup deutlich gemacht, dass unsere Weltmeere im Mittelpunkt der Überlegungen zum Klimawandel stehen müssen. Nicht zuletzt waren es gerade die kleinen Inselstaaten, die auf der Konferenz intensiv für eine aktivere Klimapolitik geworben haben. Auch auf unserer Konferenz im Europäischen Parlament in Brüssel ging es um die großen Herausforderungen für kleine Inselstaaten und autonome Regionen wie die Azoren, ihre großen Hoheitsgewässer besser zu verwalten. Bei Themen wie Meeresmüll aber auch Schürfrechten und illegaler Fischerei ist es notwendig, international enger zusammenzuarbeiten, da eine effektive Überwachung und Verwaltung unserer Ozeane anders nicht zu leisten ist.

Young Visitors und Bürgermeister aus Niedersachsen besuchen Brüssel

Im Rahmen des "Young Visitors"-Programms unserer liberalen Fraktion im Europäischen Parlament wurden 19 Jugendliche eingeladen, eine Woche lang die Arbeit in den europäischen Institutionen kennenzulernen. Auch ich habe zwei junge Männer aus Nienburg und Neustadt am Rübenberge eingeladen. Beide konnten sich für fünf Tage unter das aus insgesamt zehn europäischen Ländern stammende Teilnehmerfeld mischen. Neben Besichtigungen der Stadt und der Institutionen in Brüssel stand auch das hautnahe Miterleben von Debatten und Ausschüssen auf der Tagesordnung. Ansonsten folgte das Programm thematisch einem roten Faden: Das übergreifende Thema war - hochaktuell - die Asyl- und Migrationskrise in Europa. Diese wurde aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. So trafen die Besucher unter anderem Vertreter von Amnesty International und den europäischen Kommissar für Migration, Dimitris Avramopoulos, der sich sogar Zeit für eine Fragerunde nahm. Auch die Sprecher des Europäischen Flüchtlingsrats und der Europäischen Agentur für Asylfragen berichteten über ihre Arbeit. Trotz eines vollen Terminplans konnten meine beiden Gäste und ich uns mehrmals treffen und austauschen. Sie berichteten mir von einer vollends erfolgreichen Woche, mit tollen Eindrücken. Auch ich bin begeistert von der Arbeit der Organisatoren, denn ich halte es für sehr wichtig, die Idee hinter diesem europäischen Projekt gerade jungen Menschen zu vermitteln.

Anfang des Monats bekamen wir nicht nur Besuch von den "Young Visitors", sondern auch von Bürgermeistern aus meiner Heimatregion: die Bürgermeisterinnen von Ronnenberg und Pattensen und die Bürgermeister von Wennigsen, Barsinghausen und Gehrden mit zwei Mitarbeitern begleiteten mich zwei Tage durch Brüssel und bekamen so einen Einblick in die Arbeit der europäischen Institutionen, welche ja auch große Bedeutung für Kommunal- und Regionalpolitik haben. Neben Führungen durchs Parlament, dem Besuch von Ausschusssitzungen und einem gemeinsamen Abendessen konnten sich meine Gäste mit Vertretern des Städte- und Gemeindebundes, der niedersächsischen Landesvertretung und Kollegen aus anderen Fraktionen austauschen. Themen waren unter anderem die kommunale Interessenvertretung auf EU-Ebene und EU-Förderprogramme, zwei Punkte, die verdeutlichen, wie nah auch die Lokalpolitik an Europa dran ist. Abschließend kam mein slowenischer Fraktionskollege Ivo Vajgl, ehemals Botschafter in Berlin, zu einer Gesprächsrunde über die Flüchtlingssituation in Europa. Er gab einen Lagebericht über die Flüchtlingsströme durch Slowenien auf dem Weg nach Deutschland, die Bürgermeister schilderten die außerordentlichen Anforderungen an ihre Kommunen bei der Unterbringung der Menschen, die bei uns Sicherheit für ihre Familien suchen. Dieser sehr intensive Austausch bildete einen gelungenen Abschluss des Besuchs.

Gastgeberin der Veranstaltung "Digitalizing Transport Documents"

Unter der Woche lud die „European Logistics Platform“ zu einem Mittagsgespräch über die Digitalisierung von Transportdokumenten im Logistikbereich ein. In meiner Funktion als Mitglied des

Beirats habe ich die Veranstaltung mit einer Rede eröffnet. Solche Treffen sind für mich immer eine gute Gelegenheit, mich fortzubilden. So erfuhr ich beispielsweise von den Experten der Logistikbranche, dass der jährliche Papierverbrauch des aus Bremen stammenden deutschen Logistikunternehmens BLG Logistics etwa 200 Bäumen entspricht. Neben der mit Digitalisierung einhergehenden administrativen Effizienz hat ein Wechsel auf elektronische Dokumentierung also auch einen Mehrwert für die Umwelt. International geltende gesetzliche Rahmenbedingungen für elektronische Frachtbriefe existieren bereits seit 2008 (eCMR), ratifiziert wurde das Übereinkommen allerdings erst von 9 der 28 Mitgliedstaaten der EU.

Bei der Veranstaltung wurde jedoch angeführt, dass bei offiziellen Behörden und Rechtsinstitutionen das Vertrauen in elektronische Unterlagen immer noch nicht sonderlich hoch sei. Diese Tatsache stellt das größte Hindernis für ein Fortschreiten in diesem Bereich dar. Die anwesenden Vertreter der Kommission ließen verlauten, dass hier angesetzt werde und nicht nur die Akzeptanz von elektronischen administrativen Dokumenten gefördert wird, sondern auch ein Beitreten der restlichen EU-Mitgliedstaaten zur eCMR. Der hohe Nutzenfaktor wurde allen Beteiligten ersichtlich. Dies sollte Anlass dafür sein, schnell passende Lösungen und Wege zu finden.

Kommissionsvorschlag zur Änderung des Waffenrechts ist nicht zielführend

Schon in der letzten Ausgabe meines Newsletters sprach ich den im Zuge der Pariser Anschläge veröffentlichten Vorschlag der Kommission an, das Waffenrecht in den Mitgliedstaaten deutlich zu verschärfen. Leider ist der Gesetzestext nicht zielführend. Halbautomatische Waffen sollen verboten werden, wenn sie vollautomatischen Kriegswaffen ähnlich sehen. Gerade in Deutschland werden diese halbautomatischen Schusswaffen von Sportschützen und Jägern benutzt. Als Bauerntochter, die mit Schützenverein und Jagden aufgewachsen ist, weiß ich, wie sorgfältig legale Waffenbesitzer verfahren, auch dass ein Jagdschein einige Anforderungen an die Prüflinge stellt.

Der "Kriegswaffenanschein" wurde schon 2003 aus dem deutschen Waffengesetz gestrichen. Deshalb frage ich mich, wie die Kommission ein solches Verbot umsetzen will? Sollen alle im Umlauf befindlichen Waffen eingezogen werden? Bekommen Sportschützen und Jäger dafür eine Entschädigung? Das Bundesinnenministerium hat bereits 2011 in einem ausführlichen Bericht erklärt, dass es aufgrund der geringen Deliktsrelevanz keinen Anlass dazu gibt, legale Waffen vom Schießsport oder der Jagd auszuschließen. Dies ist nur ein Beispiel für die Unverhältnismäßigkeit des Gesetzesvorschlags. Zahlreiche andere Unstimmigkeiten sind zu finden, weshalb ich mich in verschiedenen Gesprächen in unserer liberalen Fraktion ALDE bereits gegen eine Verschärfung aussprach und dafür einsetzen werde, dass die Rechte von Sportschützen und Jägern nicht weiter eingeschränkt und Bürger nicht grundlos unter Generalverdacht gestellt werden. Natürlich ist es wichtig, alles zu versuchen, um Terroranschläge in Zukunft zu verhindern. Dieser Vorschlag ist dafür aber aus meiner Sicht nicht das richtige Mittel.

Libérale Frauen europäisch unterwegs

Als Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen hatte ich meinen Vorstand zu einem ALDE-Seminar nach Brüssel eingeladen und ein buntes „europäisches“ Programm zusammengestellt. Zu Beginn beschäftigten wir uns mit einer Studie über weibliches Unternehmertum in verschiedenen europäischen Ländern. Frauen gründen weniger Unternehmen, gehen auch weniger finanzielle Risiken ein als Männer, scheitern aber auch seltener, weil Sicherheit für sie eine größere Rolle spielt. Problematisch ist, dass in vielen europäischen Ländern weibliche Gründerinnen nicht so leicht an Kredite kommen, weil Banken ihnen weniger zutrauen – das muss geändert werden!

Im weiteren Verlauf des Seminars gab es lebhaften Austausch mit liberalen Politikerinnen: den ehemaligen Europaabgeordneten Annemie Neyts-Uyttebroeck aus Belgien – nach wie vor außenpolitisch sehr aktiv -, Silvana Koch-Mehrin, die das erfolgreiche internationale Netzwerk „Women in Parliament“ ins Leben gerufen hat, und Mechthild von Alemann, eine „Abgeordnete der ersten Stunde“. Den Abschluss bildete ein Frühstück mit Sophie In't Veld aus den Niederlanden, unserer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden.

Weihnachtsmarkt in Straßburg: immer eine Reise wert

Alle Jahre wieder ist die Nachfrage nach einem Platz in einer Besuchergruppe zum Parlament in Straßburg im Dezember besonders groß. Auch aus meinem „Wahlkreis“ konnte ich 35 Personen empfangen, um über die Arbeit als Europaabgeordnete zu berichten. Die Gruppe hatte Glück mit ihrer zugeteilten Stunde auf der Besuchertribüne des Plenums, da dort gerade die Debatte zur Vorbereitung des Staatscheftreffens lief und sowohl Kommissionspräsident Juncker als auch zum Beispiel der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident und jetzige Europaabgeordnete David McAllister anwesend waren. Es geht natürlich nicht nur um den Besuch des Weihnachtsmarkts, aber eine Stadtführung durch das festlich geschmückte Straßburg ist selbstverständlich Bestandteil der Reise.

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Unternehmerabend in Bad Iburg

Der Austausch mit Vertretern aus dem Mittelstand, der den größten Teil unserer Arbeits- und Ausbildungsplätze stellt, ist mir immer sehr wichtig. Bei einem Abendessen in Bad Iburg hatte ich erneut Gelegenheit dazu. Nach einem Bericht über meine bisherigen Erfahrungen im Europaparlament und die aktuelle Arbeit spielten ganz unterschiedliche Themen eine Rolle, passend zu der „bunten“ Unternehmerrunde: Logistik und transeuropäische Verkehrsnetze für den grenzüberschreitenden Warenverkehr, Lebensmittelkennzeichnung, Auflagen für Hotel- und Gaststättenbetriebe, oder Sicherheit von Medizinprodukten. Vieles davon betraf direkt meine Ausschüsse. Selbstverständlich haben wir auch über aktuelle Tagespolitik diskutiert – und über Jagd, denn als Hauptgericht gab es Wild!

IV. Europa unter der Lupe

Ausschussarbeit im Europäischen Parlament

Die Arbeit in den Ausschüssen des Parlaments ist das "tägliche Brot" von uns Europaabgeordneten. Doch wie funktionieren diese Ausschüsse eigentlich? Wie werden sie zusammengesetzt und Aufgaben verteilt? Die Rollen der Berichterstatter und Koordinatoren sind dabei wichtig, weshalb ich diese erläutern möchte. Grundsätzlich lässt sich bei Ausschüssen zwischen Ständigen und Nichtständigen unterscheiden. Letztere können Untersuchungs- oder Sonderausschüsse sein, wie zum Beispiel der Steuer-Ausschuss zur Aufklärung des Steuerbetrugs in Luxemburg (LuxLeaks), oder der gerade beschlossene VW-Untersuchungsausschuss. Ständige Ausschüsse sind hingegen fest verankerte, wichtige Bausteine in der Struktur des Parlaments. In den Ausschüssen findet ein Großteil der legislativen Arbeit des Parlaments statt. Aktuell existieren 22 verschiedene Ausschüsse und Unterausschüsse, die thematisch von auswärtigen Angelegenheiten über Haushalt bis hin zu Fischerei und Menschenrechten reichen. Jeder Ausschuss wählt Vorsitz und Stellvertreter. Jede Fraktion wählt für jeden Ausschuss eine Koordinatorin oder einen Koordinator, der in der Fraktion der Hauptverantwortliche für diesen Ausschuss ist – für meine Fraktion bin ich seit 2010 Koordinatorin im Verkehrsausschuss. Der Koordinator spricht im Namen der Fraktion zu den jeweiligen Fachthemen, verteilt die Zuständigkeiten und Aufgaben unter den eigenen Ausschussmitgliedern und koordiniert die politische Positionierung der Fraktion.

Die Ausschüsse organisieren themenbezogene Anhörungen und bearbeiten die Gesetzgebungsvorschläge der Kommission, die in ihren Themenbereich fallen. Auf Grundlage ihrer Positionierung, der sogenannten Berichte, fällt das Plenum seine Entscheidungen. Entworfen werden diese Berichte von einer/m Abgeordneten, welche/r zum Berichterstatter ernannt wird und den ersten Entwurf erstellt, assistiert vom Ausschusssekretariat. Der Berichterstatter sammelt fraktionsübergreifend Änderungsanträge und versucht Kompromisse zu finden. Begleitet wird diese Arbeit von sogenannten Schattenberichterstattern. Diese werden von den anderen Fraktionen benannt, die nicht bereits durch den Berichterstatter vertreten sind. Zusammen mit dem Berichterstatter arbeiten die Schattenberichterstatter an Kompromissen. Ziel jeder Fraktion ist es natürlich, dass möglichst viele eigene Vorstellungen im Bericht enthalten sind. Schattenberichterstatter sorgen also dafür, dass Berichte politisch nicht zu einseitig werden, damit sie bei der Abstimmung auch eine Mehrheit bekommen. Bei der Ernennung von Berichterstattern und Schattenberichterstattern spielen übrigens die Koordinatoren wieder eine wichtige Rolle. Sie bereiten diese vom Ausschuss zu treffenden Entscheidungen untereinander vor. Ist ein Bericht dann im Plenum angenommen, ist der Berichterstatter der Vertreter des Parlaments in den abschließenden Trilog – und was ein Trilog ist, habe ich ja im letzten Newsletter erklärt.

V. Terminvorschau

21./22.12	Brüssel	Sitzungen des Verkehrs- und Umweltausschusses
06.01.	Stuttgart	Dreikönigsempfang der FDP
10.01.	Wennigsen	Neujahrsempfang
11.01.	Duisburg	Werksbesuch Thyssen-Krupp
11.-14.01.	Brüssel	Fraktion und Ausschüsse
13.01.	Brüssel	Intergroup-Event zur Ostsee
15.01.	Lübeck	Bürgerforum „Mitreden über Europa“
17.01.	Hannover	Neujahrsempfang FDP Region Hannover
18.-21.01.	Straßburg	Plenarsitzung
20.-21.01.	Amsterdam	European Aviation Summit
21.-22.01.	Ostalbkreis	Wahlkampfveranstaltungen

18. Dezember 2015